

Einiges besser, nichts wirklich gut

Afghanistan nach 34 Jahren Krieg – Eine Bilanz

Thomas Ruttig

Afghanistan, Taliban, ISAF, NATO, USA

Afghanistan steht vor einem Wendepunkt. Die Lage beim Abzug der NATO/ISAF-Truppen gibt keinen Anlass zum Optimismus. Zwar wurden gewisse Fortschritte bei der Entwicklung des Landes erreicht, insgesamt ist die Lage jedoch hinsichtlich Sicherheit, politischem System und Wirtschaft beunruhigend. Afghanistan gehört nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Erde und ein anhaltender Frieden ist nicht in Sicht.

An der Sicherheitsfront hat das ganze NATO-Unternehmen Afghanistan eine Menge Leiden gekostet, eine Menge an menschlichem Leben und keinen Zugewinn, denn das Land ist nicht sicher.“ Dieser Satz des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai in einem BBC-Interview im Oktober 2013 hatte in den USA und bei der NATO genauso viel Empörung ausgelöst wie seinerzeit in Deutschland die Bewertung der damaligen Bischöfin Margot Käßmann, „nichts“ sei gut in Afghanistan. Karzai unterschlägt jedoch einen Teil der Wahrheit. Zum einen trägt seine Regierung ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für die derzeitige Misere. Zum anderen handelt es sich bei der „Mission Afghanistan“ nicht nur um einen Militäreinsatz, auch wenn dieser Aspekt zuungunsten des institutionellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den Vordergrund getreten ist. Ursprünglich proklamierte Demokratisierungsziele wurden dem „Krieg gegen den Terror“ genauso untergeordnet wie der Zeitplan für die Umsetzung des Bonner Afghanistanabkommens von 2001 dem Wahlkalendar von Präsident George W. Bush.¹

1 Dazu gehört auch die Demokratisierung, deren Sinnhaftigkeit oft in Abrede gestellt wird. Das Bonner Afghanistanabkommen war zwar ambitioniert, stand aber nicht – wie oft behauptet – im Widerspruch zu afghanischen Gegebenheiten. Es beruhte auf einem originär afghanischen Plan, konkret des ehemaligen Königs Muhammad Zahir Shah und dessen in der Rom-Gruppe zusammengeschlossenen Anhängern. Zu denen gehörte Karzai selbst, der dort den Platz seines 1999 von den Taliban ermordeten Vaters Abdul Ahad Karzai, eines Vizesprechers des afghanischen Parlaments, eingenommen hatte. Emergency Loya Jirga. A Solution for Crisis in Afghanistan. An Action Plan, o. D., o. O. [Rom 2001].



Thomas Ruttig,
geb. 1957, Co-director
und Senior Analyst,
Afghanistan Analysts
Network (Berlin/Kabul),
thomas@
afghanistan-analysts.net

Verschlechterte Sicherheitslage

Im Sicherheitsbereich zeichnet sich die afghanische Misere dadurch aus, dass die Talibanbewegung weder besiegt noch zer schlagen wurde. Dem Jahresbericht der US-Geheimdienste vom März 2013 zufolge bleiben die Aufständischen „widerstandsfähig und in der Lage, die US- und internationalen Zielstellungen [in Afghanistan] zu gefährden“.² Obwohl die Taliban durch Drohnenschläge und sogenannte *capture-or-kill*-Operationen erhebliche Verluste erlitten, sind ihre Strukturen und ihr Rekrutierungsvermögen ungebrochen. Sie operieren weiterhin landesweit, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, weichen größeren Gefechten aus, verzichten auf dauerhafte Geländegewinne und verlassen sich auf Mittel des asymmetrischen Krieges wie Sprengfallen, gezielte Mordanschläge auf Vertreter der Kabuler Regierung sowie Nadelstich-Attacken gegen Stützpunkte der afghanischen und der NATO/ISAF-Truppen. Bis 2010 haben die Kampfhandlungen Jahr für Jahr zugenommen und halten sich seitdem, mit Schwankungen, auf hohem Niveau. Schon im Mai 2012 wurde von „sprunghaft“ wieder angestiegenen Talibanaktivitäten auch in jenen Gebieten Südafghanistans berichtet³, in die Präsident Obama 2009 vorübergehend 30.000 zusätzliche Soldaten geschickt hatte. Aus Sicht der afghanischen Zivilbevölkerung zählt vor allem eines: Der Krieg dauert an und eskalierte seit Beginn der Intervention sogar. Das begrenzt ihren Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie ihren privaten Bewegungsspielraum. Die Zahl der Kriegstoten wächst, vor allem in der Zivilbevölkerung. Im ersten Halbjahr 2013 starben nach UN-Angaben 1.319 Zivilisten, vier Fünftel davon durch Talibanattacken.

In jüngster Zeit greifen die Taliban öfter in größerer Konzentration an und versuchen, zeitweise Distriktzentren zu übernehmen. Ende 2013 befanden sich noch 86.800 NATO/ISAF-Soldaten im Land, davon etwa 60.000 US-Amerikaner. Nach afghanischen Regierungsangaben sind zwar nur fünf der 416 Distriktzentren unter dauerhafter Talibankontrolle, aber in vielen reicht die Kontrolle der Regierung nicht über das

2 Clapper, John D.: Worldwide Threat Assessment of the US Intelligence Community, 12.03.2013. <http://www.intelligence.senate.gov/130312/clapper.pdf> (abgerufen am 01.11.2013).

3 Vgl. Trofimov, Yaroslav: Attacks by Taliban Rise in Surge Areas. Wall Street Journal, 16.05.2012. <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702303448404577408042123143860> (abgerufen am 01.11.2013).

unmittelbare Zentrum hinaus. Im wichtigen Distrikt Maiwand in Südafghanistan etwa, größer als das Saarland, endet sie zwei Kilometer außerhalb des Hauptortes.⁴ Ähnlich verhält es sich im Distrikt Chahrdara (Provinz Kundus), der im Zuge einer Offensive deutscher, afghanischer und US-Truppen 2009 und 2010 weitgehend von Taliban befreit worden war. Nachdem die zusätzlichen US-Truppen wieder abgerückt waren und die letzten deutschen Soldaten Kundus im Oktober 2013 verlassen hatten, sind die Taliban dort wieder präsent.⁵

Bemerkenswert sind Karzais Worte aber auch in ihrer tiefen Diskrepanz zu Aussagen westlicher Politiker. Im Oktober 2012 betonte der ISAF-Sprecher in Kabul, die Taliban würden „eindeutig den Kampf verlieren“. Trotzdem hat sich das US-Narrativ über Afghanistan tief gewandelt: Von nur noch zu „säubernden Überresten der Taliban“ (Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Oktober 2004) zu der immer noch deutlich untertreibenden Feststellung des ISAF-Oberbefehlshabers Joseph Dunford, die Insurgenz werde „im Dezember 2014 nicht beendet sein“. Der deutsche Kommandeur des ISAF-Kommandos Nord, Generalleutnant Jörg Vollmer, behauptete kürzlich: „Wir haben die afghanischen Sicherheitskräfte etwa auf 80 Prozent gebracht.“⁶ Aber 80 Prozent wovon?

Wiederaufbau stockt

Auch die Erfolgsmeldungen im Bereich des Wiederaufbaus sind oberflächlich. So sprach Außenminister Westerwelle am 6. Oktober 2013 in Kundus von „drei Millionen“ afghanischen Mädchen, die nun wieder „zur Schule gehen“.⁷ Ungesagt

4 Vgl. Stancati, Margherita: Rare Afghan Haven at Risk as U.S. Departs. Wall Street Journal, 31.10.2013. <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304561004579133511757775346> (abgerufen am 01.11.2013).

5 Vgl. Cecchinell, Lola: Back to Bad: Chahrdara between Taleban and ALP – a district case study. Afghanistan Analysts Network, 06.09.2013. <http://www.afghanistan-analysts.org/back-to-bad-chahrdara-between-taleban-and-alp-district-case-study>. (abgerufen am 01.11.2013).

6 Arian, Abdul Wali: Insurgents Losing the Afghan War: Katz. ToloNews (Kabul), 25.11.2012. <http://tolonews.com/en/afghanistan/8478-insurgents-losing-the-afghan-war-katz> (abgerufen am 01.11.2013); Gen Joseph Dunford, Financial Times, 03.04.2013. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/17382074-9c8c-11e2-9a4b-00144feabdc0.html> (abgerufen am 01.11.2013); Kramer, Sarah / Möllhoff, Christine: Deutsche ziehen aus Kundus ab, Tagesspiegel 06.10.2013. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-ziehen-aus-kundus-ab-uebergabe-mit-risiko/8893628.html> (abgerufen am 01.11.2013).

7 Bundeswehr verlässt Stützpunkt in Kundus, Zeit Online, 06.10.2013. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/afghanistan-bundeswehr-kundus-abzug> (abgerufen am 01.11.2013).



Was bringt 2014 für die Kinder Afghanistans?

bleibt, dass 68 Prozent aller Schüler – darunter 82 Prozent aller Schülerinnen – die Schule vor Beendigung der sechsten Klasse verlassen. Im Vergleich zu Jungen besuchten doppelt so viele eingeschulte Mädchen (22 Prozent) nicht regelmäßig die Schule. In 80 Prozent der Distrikte existiert kein Gymnasium und in knapp der Hälfte aller Distrikte keine Sekundarschule für Mädchen. An den Universitäten waren 2012 laut Weltbank nur 12 Prozent der Studierenden Frauen, ein Jahr zuvor immer noch 88 Prozent aller Frauen über 15 Jahre Analphabeten. 2010 hatte Afghanistan laut UNESCO-Angaben den weltweit niedrigsten Wert in der Geschlechtergleichheit; in den Berichten für 2011 und 2012 gibt es keine Angaben mehr dazu.⁸

Mithilfe von 1,9 Mrd. US-Dollar an Auslandsinvestitionen in den Bildungssektor stieg zwar die Zahl der Schulen von 7.650 (2004) auf etwa 16.000 (2013). Allerdings hatten im Jahre 2011 knapp die Hälfte (47 Prozent) aller Schulen kein Gebäude, 40 Prozent verfügten über kein sauberes Trinkwasser und drei Viertel nicht über sanitäre Anlagen. Der Lehrermangel

⁸ Zahlen nach: BRAC: Afghanistan: Education. <http://www.brac.net/content/afghanistan-education#>. UnOzHiyy6y0 (aufgerufen am 01.11.2013); High Stakes: Girls' Education in Afghanistan, Joint Briefing Paper, Oxfam et al, 24.02.2011.

nimmt weiter zu. 2013 kamen 64 Schüler auf einen Lehrer; 2011 waren es nur 44. Die Universitäten bringen zwar hohe Zahlen an Absolventen hervor, die jedoch weder im (abzubauen) Staatsapparat noch im Privatsektor Arbeit finden.

Die Aufstandsbewegung selbst ist mehr Symptom denn Ursache der inneren Konflikte. Afghanistans staatliche Institutionen sind weiterhin schwach. Nach dem massiven Wahlbetrug 2009 und 2010 erlitten Präsident Karzai und seine Regierung erhebliche Legitimitätsdefizite. Die Gewaltenteilung funktioniert nicht, der Rechtsstaat ist schwach. Die Regierungsführung ist von Patronage bestimmt und ineffizient. Karzai umgeht oft das schwache, wegen des Verbots parteigestützter Fraktionen zersplitterte und leicht manipulierbare Parlament. Die Justiz gilt als korruptester Bereich der Staatseinstitutionen. Der Präsident und sein Apparat dominieren auch die Wahlinstitutionen, was gerade vor der Präsidenten- und Provinzratswahl im April 2014 von Bedeutung ist.

Politische Polarisierung

Nach 2001 nur ansatzweise entwaffnete regionale Gewaltakteure – Warlords und ihre Feldkommandeure – beherrschen heute Schlüsselstellungen in Regierung, Parlament, Justiz, Sicherheitskräften und Wirtschaft. Mit den finanziellen Mitteln, die ihnen Ende 2001 über die CIA für den Kampf gegen die Taliban zufließen, investierten sie in den Drogenhandel, mit dessen Gewinnen sie schrittweise auch legale Wirtschaftssektoren übernahmen. Gleichzeitig rekrutierten sie mit diesen Geldern neue Kämpfer für ihre Milizen und durchdrangen die neuen Streitkräfte. Mit diesem Drohpotenzial gewannen sie 2005 die ersten Parlamentswahlen und erzwangen eine erneute Allianz mit Präsident Karzai. Der stärkste Warlord, Verteidigungsminister Qasim Fahim, wurde erster Vizepräsident. Der islamistisch dominierte Rat der Islamgelehrten (Ulema), dessen Führung mit dem inoffiziellen Kreis der sogenannten Jihadi-Führer identisch ist, wurde zum engsten Beratergremium für den Präsidenten. Die Ulema/Jihadi-Führer durchsetzen die Justiz und dominieren den öffentlichen Diskurs, in dem jede abweichende Meinungsäußerung als „unislamisch“ diffamiert werden kann. Schon früh wurden in solchen Fällen mit der Beschuldigung des „Abfalls vom Islam“, auf den die

Todesstrafe steht, wirksame Exempel statuiert.⁹ Die recht vielfältigen Medien üben deshalb strikte Selbstzensur.

Politische Netzwerke konkurrieren und kooperieren wechselseitig um wirtschaftlichen Einfluss und knapper werdende Ressourcen und haben mafiöse Züge, vor allem wenn sie mit der Drogenökonomie verbunden sind.¹⁰ Auf dem Korruptionsindex von Transparency International lag Afghanistan 2012 auf Platz 174 von 176 untersuchten Ländern. Manche Autoren sprechen deshalb von „Staatsübernahme“, andere von einer Machtoligarchie, die aber noch fraktioniert ist.¹¹

Die innenpolitische Landschaft ist doppelt polarisiert: militärisch zwischen den Afghanischen Nationalen Streitkräften (ANSF) mit ihren westlichen Verbündeten und den Aufständischen, politisch zwischen einer losen Koalition um Präsident Karzai und Oppositionsgruppen, die aus den überwiegend islamistischen Bürgerkriegsmilizen der 1990er Jahre hervorgegangen sind. Zwischen beiden Lagern droht auch eine ethnische Polarisierung. Ehemalige Mudschaheddin, Taliban und kommunistische Politiker setzten 2010 im Parlament eine Selbstamnestie für Kriegsverbrechen der Vergangenheit durch. Karzai und seine Verbündeten verhindern bisher die Veröffentlichung eines Berichts der Afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission (AIHRC), in der diese Kriegsverbrechen dokumentiert wurden. Im Sommer 2013 ersetzte Karzai die meisten der kritischen AIHRC-Mitglieder.¹² Demokratische Kräfte haben es praktisch aufgegeben, am gegenwärtigen politischen System teilzunehmen. So war unter den ursprünglich 27 Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2014 nur ein einziger Vertreter einer demokratischen Partei, doch er gehört zu den 17, die bereits disqualifiziert wurden.

9 Ein Beispiel dafür ist Mir Hossein Musawi, Chefredakteur der Kabuler Zeitung „Aftab“, der 2003 Jihadi-Führer beschuldigt hatte, den Islam als „Instrument zur Machtübernahme“ zu missbrauchen und eine „Mulla-Herrschaft“ errichten zu wollen, und dabei von „heiligem Faschismus“ sprach. Musawi musste ins Ausland fliehen. Vgl. Fashizm-e muqadas. In: Aftab (Kabul), 21. Jauza 1382 (01.06.2003), S. 3.

10 Vgl. Maass, Citha D.: Afghanistans Drogenkarriere: Von der Kriegs- zur Drogenökonomie, Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2010. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S02_mss_ks.pdf (abgerufen am 08.11.2013).

11 Vgl. Mafia-nation: State capture by criminal syndicates. Interview with Sarah Chayes, Rediff.com, 26.11.2011. <http://www.gatewayhouse.in/mafia-nation-state-capture-criminal-syndicates-972/> (abgerufen am 08.11.2013).

12 Vgl. Kouvo, Sari / Clark, Kate: Dismantling Human Rights in Afghanistan: The AIHRC facing a possible downgrading of status. Afghanistan Analysts Network, 20.09.2013. <http://www.afghanistan-analysts.org/dismantling-human-rights-in-afghanistan-the-aihrc-facing-a-possible-downgrading-of-status> (abgerufen am 01.11.2013).

Die politische Polarisierung wird auch bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl am 5. April 2014 zum Tragen kommen. Dabei darf Amtsinhaber Karzai nach zwei Wahlperioden nicht mehr antreten. Ein legitimes Wahlergebnis sowie eine friedliche Amtsübertragung gelten aber als politische Voraussetzungen für den Abzug der NATO-Kampftruppen. Allerdings fehlt es an unabhängigen Institutionen, die im möglichen Streitfall – wie bereits 2009 und 2010 – unparteiisch sind, sowie an einem einheitlichen und realistischen Wählerregister. Die Zahl der abgegebenen Wählerausweise – etwa 18,5 Millionen – übersteigt die der offiziellen Wähler um etwa sieben Millionen. Dadurch drohen bei der kommenden Wahl erneut massive Fälschungen.¹³

Schwieriger Streitkräfteaufbau

Politisch sind der Abzug der NATO-Kampftruppen und die Beendigung der ISAF-Mission nicht mehr, wie ursprünglich, an konkrete Ziele bei der Befriedung, Staatsbildung und beim Wiederaufbau geknüpft. Politische Reformanforderungen an die afghanische Regierung wurden fallen gelassen. Beim Aufbau der Streitkräfte (ANSF) steht die Quantität im Vordergrund. Ende 2014 sollen sie die Zielgröße von 352.000 erreichen. Deren Unterhalt wird jährlich 4,1 Mrd. US-Dollar kosten. Bisher gibt es Zusagen internationaler Geber über 2,8 Mrd. US-Dollar bis maximal Ende 2017.¹⁴

Probleme bestehen auch hier vor allem in qualitativer Hinsicht. Die Motivation der ANSF-Angehörigen ist niedrig, ihre Zusammensetzung ethnisch unausgewogen und es fehlt an Logistik.¹⁵ Das Beschaffungswesen ist korrupt, und das Innenministerium – bekannt für systematischen Ämterverkauf – hat seine Antikorruptionsreformen inzwischen ganz eingestellt.¹⁶ Fahnenflucht,

13 Vgl. van Biljert, Martine: Repeating Old Warnings: Brace yourselves, the elections are going to be quite a ride. Afghanistan Analysts Network, 05.10.2013. <http://www.afghanistan-analysts.org/publication/thematic-dossier-iii-what-past-elections-teach-us> (abgerufen am 01.11.2013).

14 Vgl. Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, Zwischenbericht Juni 2013. http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/649664/publicationFile/181857/130624_Zwischenbericht_Juni_2013.pdf (aufgerufen am 01.11.2013).

15 Vgl. Owen, Gary: Beans and Bullets: Pentagon report puts ANSF logistical and combat capabilities in doubt. Afghanistan Analysts Network, 26.02.2012. <http://www.afghanistan-analysts.org/beans-and-bullets-pentagon-report-puts-ansf-logistical-and-combat-capabilities-in-doubt> (abgerufen am 01.11.2013).

16 Vgl. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction: Quarterly Report to the United States Congress, 30.06.2013, S. 137. <http://www.sigar.mil/pdf/quarterlyreports/2013-07-30qr.pdf> (abgerufen am 01.11.2013).

Verluste und Abgänge sind hoch und steigen weiter. Jährlich muss etwa ein Drittel aller Soldaten und Polizisten ersetzt werden. Netzwerke früherer Bürgerkriegsmilizen durchsetzen Armee und Polizei. Ihre Angehörigen sind oft ihren ehemaligen bewaffneten Fraktionen gegenüber loyal, aber nicht der Zentralregierung.

Der parallele Aufbau der milizähnlichen Afghan Local Police (ALP) verdeutlicht, dass die westlichen Geber den regulären Streitkräften – und ihren eigenen Erfolgsmeldungen über sie – misstrauen. Die ALP mit ihren 23.550 Mann in 115 Gebieten (Juli 2013), die sich aus ehemaligen, der Entwaffnung entgangenen Bürgerkriegsmilizen und übergelaufenen Aufständischen rekrutiert,¹⁷ wird immer mehr selbst zum Problem. „Öffentlich hat das Pentagon die [ALP] als Erfolg porträtiert“, schreibt die „Los Angeles Times“.¹⁸ „In einem Bericht an den Kongress [...] behauptete das Pentagon, dass sich ‚die Gesamtsicherheit in den meisten Dörfern verbessert hat‘, in denen ALP-Einheiten patrouillieren.“ Laut einer geheimen Studie für das US-Spezialkräftekommando in Afghanistan, das die ALP führt und ausbildet, sei jede fünfte ALP-Einheit in Drogenhandel, Eintreibung illegaler Steuern, Landraub, Mord, Vergewaltigung und Unterhalt geheimer Gefängnisse verwickelt. Im ehemaligen Bundeswehrstandort Kundus hat „die Konfrontation zwischen der ALP und den Taliban dem dort herrschenden Quasi-Bürgerkrieg eine neue Konfliktebene hinzugefügt“.¹⁹

Wachstum, aber weiterhin eines der ärmsten Länder

Sicherlich hat sich einiges verbessert in Afghanistan, seit die USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 den Sturz des Talibanregimes herbeiführten, sich dafür der Unterstützung der NATO-Alliierten sowie eines UN-Mandats versicherten und Wiederaufbau und Demokratisierung als Ziele der Intervention proklamierten. Die Bevölkerung wurde das verhasste

17 Vgl. Lefèvre, Mathieu: Local Defence in Afghanistan: A Review of Government-backed Initiatives. Afghanistan Analysts Network, 2010. <http://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/20100525MLefevre-LDIpaper.pdf> (abgerufen am 01.11.2013).

18 Cloud, David S. / King, Laura: Afghan police units tangled in criminal activity. Los Angeles Times, 14.05.2012. <http://www.latimes.com/news/nationworld/world/la-fg-afghanistan-police-20120514,0,6941.story> (aufgerufen am 01.11.2013).

19 Cecchin, Lola: Back to Bad, ebd.; siehe auch Hakimi, Aziz A.: Getting savages to fight barbarians: counterinsurgency and the remaking of Afghanistan, in: Central Asian Survey (2013), DOI: 10.1080/02634937.2013.843300.



XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Talibanregime los. Heute existieren mehr soziale Dienste, eine bessere Infrastruktur und mehr Freiheiten. Viele der Erfolge stehen jedoch nur auf dem Papier der Gesetze, die oft nicht einlagbar und zudem von islamistischen Kräften – Taliban und Verbündete Karzais – infrage gestellt werden.

In Bezug auf Afghanistans Wirtschaft maß die Weltbank ein „bemerkenswertes Wachstum“ von durchschnittlich neun Prozent pro Jahr seit 2002. Allerdings fiel es 2013 bereits auf 3,1 Prozent. Das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf der Bevölkerung hat sich mit 591 US-Dollar seit 2001 fast verfünffacht, liegt aber immer noch unter dem von Nachbarländern wie Pakistan (1.201 US-Dollar). Von dem Wachstum profitierten nur die Protagonisten des seit 2001 entstandenen quasi-oligarchischen Patronagesystems, das gleichzeitig zu einer nie gekannten sozialen Kluft führte. Das verdeutlicht der multidimensionale Armutsindex der UNO, auf dem das Land im Jahr 2011 Position 96 unter 105 Entwicklungsländern einnahm. Auf dem Human Development Index der UN belegte Afghanistan 2012 den Rang 175 unter 186

Staaten.²⁰ Ca. 7,4 Millionen der offiziell etwa 26 Mio. Einwohner leiden unter akutem Nahrungsmangel, weitere 8,5 Mio. sind davon bedroht. 60 Prozent der Kinder sind mangelhaft ernährt. Nur 27 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, fünf Prozent zu hygienischen Sanitäreinrichtungen. In weiten Bereichen des Landes herrscht nach wie vor Subsistenzwirtschaft. Dort spielt allerdings die Drogenproduktion eine große Rolle, die nicht in offizielle Statistiken eingeht, aber große Teile der Bevölkerung überleben lässt. Ihr Wert entspricht etwa 15 Prozent des afghanischen BSP.²¹ Afghanistan ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt.

Selbst die Bundesregierung gibt zu, dass Afghanistans Wirtschaftswachstum nicht selbsttragend ist, sondern durch externe Zuflüsse stimuliert wird. Nach Weltbank-Angaben stammen 85 Prozent des afghanischen Gesamthaushalts aus externen Zuschüssen.²² Mit dem Kampftruppenabzug bis Ende 2014 wird aber ein Absinken der Entwicklungshilfezahlungen erwartet, sodass auch die Wirtschaft erheblich schrumpft.

Militarisierte Entwicklungshilfe

Die Zahlen über Entwicklungshilfe nach Afghanistan differieren je nach Quelle und Definition. Viele Geber sind nicht transparent, und nicht jede Zusage wird eingehalten. Laut International Crisis Group flossen von 2001 bis 2011 zirka 57 Mrd. US-Dollar an Entwicklungshilfe nach Afghanistan, davon gingen 29 Mrd. in den Aufbau der Streitkräfte. Kanadische Entwicklungsexperten sprechen von tatsächlich ausgezahlten 42

20 Vgl. World Bank: Economic Update Afghanistan, Oktober 2013. <http://www.baag.org.uk/sites/www.baag.org.uk/files/resources/attachments/World%20Bank%20Afghan%20Economic%20Oct%202013.pdf> (abgerufen am 09.11.2013); UNDP: Human Development Report 2013, Summary. http://hdr.undp.org/en/media/HDR2013_EN_Summary.pdf (abgerufen am 09.11.2013).

21 Zwischen 2006 und 2011 wurde der Bruttogewinn aus dem Drogensektor in Afghanistan auf drei Mrd. US-Dollar pro Jahr beziffert; nach dem Export wächst er auf 65 Mrd. US-Dollar. Afghanistans Anteil am Weltmarkt für Opiate beträgt 90 Prozent. UNODC: Afghanistan Opium Risk Assessment 2013. http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/ORAS_report_2013_phase12.pdf (abgerufen am 10.11.2013).

22 Vgl. World Bank: Afghanistan in Transition: Looking Beyond 2014. Volume 2: Main Report, Mai 2012. <http://documents.worldbank.org/curated/en/2012/05/16465766/afghanistan-transition-looking-beyond-2014-vol-2-2-main-report> (abgerufen am 12.11.2013).

Mrd. US-Dollar für denselben Zeitraum.²³

Neben der Korruption in den afghanischen Behörden ist auf der Geberseite ein Mangel an Effektivität der eingesetzten Gelder sowie die Militarisierung der Entwicklungshilfe zu verzeichnen. Letztere drückt sich im sehr geringen Anteil für zivile Zwecke sowie im hohen Anteil der Vergabe über militärische Kanäle aus. In einem Bericht des NGO-Dachverbandes ACBAR heißt es: „Während das US-Militär gegenwärtig 100 Mio. US-Dollar pro Tag in Afghanistan ausgibt, beträgt die ausgegebene Hilfe aller Geber seit 2001 pro Tag gerechnet weniger als sieben Mio. US-Dollar.“²⁴

Wenn man die gesamten Kosten des Krieges zugrunde legt, weitet sich die Kluft zwischen militärischem und zivilem Sektor noch. Der US-Thinktank CSIS kommt für 2001 bis 2013 bei „direkten Kriegskosten“, was „Kriegskosten in Afghanistan, Wiederaufbau und Wirtschaftshilfe“ einschließt, auf 641,7 Mrd. US-Dollar. CSIS gibt für 2001 bis 2012 für den militärischen Bereich (Verteidigungsministerium) Gesamtausgaben von 416,2 Mrd. US-Dollar und für den zivilen Bereich (State Department und USAID) von 25,2 Mrd. US-Dollar an, also ein Verhältnis von 16:1. Für Deutschland lag dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge 2010 das Verhältnis von Ausgaben des Verteidigungsministeriums zu denen anderer Ressorts bei etwa 9:1, während offizielle Angaben von 2,5:1 ausgehen, mit Ausgaben von 1,02 Mrd. Euro aus dem Verteidigungsministerium sowie zusammen etwa 430 Mio. aus dem Außen- und Entwicklungsministerium.²⁵

Allerdings verweist die Weltbank darauf, dass „Ausgaben ‚für‘ Afghanistan nicht Ausgaben ‚in‘ Afghanistan“ sind. „Die meisten Hilfgelder (sowohl zivile Hilfe als auch Sicherheitsunterstützung), einschließlich jener, die im Land kontraktiert werden, haben einen niedrigen einheimischen Wirtschaftsanteil.

23 Vgl. Aid and Conflict in Afghanistan, International Crisis Group, Asia Report Nr. 210, 04.08.2011. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-asia/afghanistan/210-%20Aid%20and%20Conflict%20in%20Afghanistan.pdf> (abgerufen am 12.11.2013); Banerjee, Nipa / Samy, Yiagadeesen: Afghanistan's transformation decade: a bumpy road ahead. The Ottawa Citizen, 19.04.2013 (Archiv des Autors).

24 Waldman, Matt: Falling Short: Aid Effectiveness in Afghanistan. ACBAR, Mai 2008. http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/ACBAR_aid_effectiveness_paper_0803.pdf (abgerufen am 12.11.2013)

25 In einer Studie von 2010 schätzte das DIW die „Gesamtkosten des Krieges [für Deutschland] auf zwischen 25 und 46 Milliarden Euro“. Brück, Tilman u. a.: Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2010. http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.356890.de/10-21-1.pdf (abgerufen am 11.11.2013).

Vieles kommt entweder niemals herein oder es fließt, [über] internationale Bereitsteller von Gütern und Dienstleistungen, Importe und Profitabflüsse direkt wieder heraus und limitiert so den Einfluss auf die [einheimische] Wirtschaft. [...] Nur 38 Cent jedes Dollars erreichen die lokale Wirtschaft.“

Berücksichtigt man dabei noch die Sicherheitsausgaben, so liege der einheimische Wirtschaftsanteil der aggregierten Hilfsflüsse nur bei 14 bis 25 Prozent – also einem Vierteldollar. Sarkastisch gesagt, ist das eher Hilfe zur Selbsthilfe für die Geber. Zudem hat sich der Afghanistan-Krieg zu einem Paradebeispiel dafür entwickelt, wie zunehmende Militarisierung und Privatisierung systematisch entwicklungspolitische Prinzipien außer Kraft setzen.

Unter diesen Vorzeichen sind nach zwölf Jahren die Fortschritte im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich wahrlich bescheiden. Die westlichen Regierungen tragen als politische Richtliniengeber nach der Bonner Afghanistankonferenz 2001 die Hauptverantwortung dafür, dass enorme Mittel zum Wiederaufbau verschwendet oder ineffektiv eingesetzt, eine Demokratisierung früh gestoppt, die Rolle der UNO als multilaterales und nicht in erster Linie militärisches Interventionsinstrument untergraben und der Boden für eine Rückkehr der alten und neuen Jihadisten bereitet wurden.

So problematisch der Militäreinsatz in Afghanistan auch ist – die Beendigung des ISAF-Einsatzes kommt bei einer Vielzahl ungelöster Probleme zu früh. Ein Großteil der Konfliktlinien in Afghanistan wurde überhaupt nicht wahrgenommen – von Umwelt- und demografischen Problemen bis zur wirtschaftlichen Marginalisierung des Landes in der neoliberal globalisierten Welt.

Kein Westfälischer Friede in Sicht

„Millionen von Afghanen sind immer noch nicht in der Lage, ihre minimalen Basisbedürfnisse zu befriedigen“, resümiert Nipa Banerjee, die ehemalige Chefin des kanadischen Entwicklungsprogramms in Afghanistan.²⁶ Die Entwicklung stagniert. Die seit über einem Jahrhundert anhaltenden internen Modernisierungskonflikte werden weiterhin gewaltsam sein. Zugleich wird

26 Banerjee / Samy: ebd.

Afghanistan stärker zum Spielball seiner unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn, die das Land genauso zynisch betrachten wie viele westliche Akteure – als Arena für ihre regionalen Vormachtkämpfe, als Rohstofflieferanten oder als jihadistischen Popanz zur Begründung interner Unterdrückungspolitik.

Mit der Präsidentschaftswahl 2014 steht der politische Transitionsprozess auf einer wackligen Basis. „Regierungen würden gut daran tun [...], sich auf ungeordnete Wahlen einzustellen“, schreibt Martine van Bijlert, „anstatt auf das Beste zu hoffen.“²⁷ Afghanistans Institutionen, auch die der internen Konfliktregulierung und Selbstheilung, sind in einem mehr als 30-jährigen Krieg nachhaltig zerstört oder missbraucht worden. Und der Krieg wird auch 2014 nicht enden. Ein Westfälischer Frieden, wie er im 17. Jahrhundert nach 30 Jahren Krieg erreicht wurde, ist in Afghanistan nicht in Sicht. 🌐

Literatur

Cordesman, Anthony H.: The U.S. Cost of the Afghan War: FY2002-FY2013, Center for Strategic and International Studies, Washington 2012, http://csis.org/files/publication/120515_US_Spending_Afghan_War_SIGAR.pdf (abgerufen am 11.11.2013)

Maaß, Citha D./Ruttig, Thomas: Afghanistan vor neuem Bürgerkrieg? Entwicklungsoptionen und Einflussfaktoren im Transitionsprozess, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A40_mss_rut.pdf (abgerufen am 08.11.2013).

Ruttig, Thomas: Das Scheitern der Luftlande-Demokratie in Afghanistan: Die Bonner Vereinbarungen von 2001 und die versandete Demokratisierung am Hindukusch – ein Blick von innen. In: Neumann, Marlène u.a. (Hrsg.): Afghanistan: Probleme, Konflikte, Perspektiven, Studien zur Geschichte und Gegenwart Asiens, Bd. 3, trafo Wissenschaftsverlag, Berlin 2012.

Ruttig, Thomas: After the 'operational pause': How big is the insurgents' 2013 spring offensive? Afghanistan Analysts Network, 02.06.2013. <http://www.afghanistan-analysts.org/after-the-operational-pause-how-big-is-the-insurgents-2013-spring-offensive> (abgerufen am 01.11.2013).

27 Bijlert, Martine van: Repeating Old Warnings: Brace yourselves, the elections are going to be quite a ride. Afghanistan Analysts Network, 05.10.2013. <http://www.afghanistan-analysts.org/repeating-old-warnings-brace-yourselfs-the-elections-are-going-to-be-quite-a-ride> (abgerufen am 11.11.2013).